

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Wolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Wolme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Kadernwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 290

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 11 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Donnerstag, den 11. Dezember

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitungsführer im Wochenbild“, „Ludmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Reichspräsident von Hindenburg hat das Ehrenprotektorat über die Reichshandwerkswoche übernommen.
- * Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages erklärte sich für den Künstlerzuschuß am Heiligen Abend.
- * Der Berliner Polizeipräsident hat ein Demonstrationsverbot für die Reichshauptstadt erlassen.
- * Bei einem Brückeneinsturz in Rümme fanden mehrere Personen den Tod. Viele wurden schwer verletzt.

Außenpolitik.

Man muß es feuchend feststellen: gleichgültig, ob in England die Konservativen, die Liberalen oder die Arbeiterpartei regieren, — in Fragen der englischen Außenpolitik kommt es wohl nie zu erheblichen parteipolitischen Differenzen. Sicherlich niemals, wenn es sich darum handelt, Entscheidungen in wesentlichen Punkten zu treffen oder gar, wenn irgendwo in der Welt Englands Würde angeblich oder tatsächlich verletzt wird oder auch nur ein englisches Lebensinteresse. Dann steht das englische Parlament geschlossen hinter Baldwin, Lloyd George oder MacDonald. Seufzend denkt man daran, wenn im deutschen Parlament es wieder zu erbitterten Kämpfen, ja zu persönlichen Beschimpfungen gekommen ist, als man sich über das Für und Wider auseinandersetzte, ob nun eine ausgiebige Debatte über unsere Außenpolitik und ihre Handhabung, besonders Polen gegenüber, stattfinden sollte oder nicht. Und melancholisch sprach ein Redner die Ansicht aus, daß im Reichstag eine einheitliche Willensfindung namens des deutschen Volkes doch nicht zu erwarten sei.

Natürlich spielten hinter den Kulissen noch einige andere innenpolitische Pläne und Absichten, Widerstände und Gegenmaßnahmen eine recht bedeutende Rolle. Sollte die außenpolitische Debatte vor sich gehen, so war damit zu rechnen, daß von der Opposition ein Sturm gegen den jetzigen Außenminister um so nachdrücklicher unternommen worden wäre, da Dr. Curtius sich ziemlich deutlich gegen die politische Einstellung und die bekannten weitgehenden Entschlüsse des Auswärtigen Ausschusses gewandt hatte. Von manchen Seiten der aus innenpolitischen Gründen hinter der Regierung stehenden Parteien wäre der Außenminister eher bekämpft als unterstützt worden und ein Mißtrauensvotum gegen ihn könnte daher im Reichstage leicht eine Mehrheit finden. Das hätte aber zur offenen Kabinettskrise schon deswegen geführt, weil ja letzten Endes für die Richtlinien der deutschen Außenpolitik der Reichskanzler die Leitung und die Verantwortung hat; der Stolz gegen Dr. Curtius hätte also auch Dr. Brüning getroffen. Andererseits ist freilich auch das taktische Verhalten des Außenministers in einigen wichtigen Fragen, wo er selbst die persönliche Verantwortung zu tragen hat, Gegenstand der schärfsten Kritik geworden und dies nicht nur in den Kreisen der Rechtsopposition, sondern weit darüber hinaus.

Die „Gefahr einer Störung“ der internationalen Verhandlungen namentlich über die deutsch-polnischen Streitfragen, die „Unübersichtlichkeit einer außenpolitischen Debatte hinsichtlich ihres Verlaufs, Ausgangs und ihrer Folgewirkungen“ wurden von der dem Kabinett nahestehenden Seite des Reichstages als Grund für politische Unzweckmäßigkeit einer solchen Debatte ins Feld geführt. Natürlich kam es darüber zu sehr scharfen Auseinandersetzungen, weil die Gegenseite nun auf heftigste verlangte, daß besonders für unsere Volksgenossen jenseits der Ozeane der Deutsche Reichstag ein wirksames und eindrucksvolles Wort finden müsse. Er solle sich durch eine große Willensfindung an die Seite der verfolgten Deutschen in Polen stellen und ihnen damit zu Hilfe kommen. Die lange, erregte Debatte war nun allerdings auch nicht gerade ein Anlaß für eine solche Willensfindung und sie schloß dann mit einer Entscheidung des Reichstages, die außenpolitischen Auseinandersetzungen auf eine spätere Zeit zu verlagern. Bei der Abstimmung stand eine Minderheit der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten einer aus allen anderen Parteien gebildeten Mehrheit gegenüber, die wohl hauptsächlich durch die Absicht zusammengebracht war, im gegenwärtigen Augenblick eine Regierungskrise zu vermeiden; auch die meisten Christlich-sozialen und ein Teil der Landvolkpartei waren bei der Mehrheit.

So hat sich denn der Deutsche Reichstag auch über diese außenpolitische Not nicht zu einem einigen Entschluß zwingen können. Die Regierung überließ ihm die Stellungnahme ganz allein. Zu stark sprachen die innenpolitischen Erwägungen, allzu laut rauschten die Wasser der parteipolitischen Auseinandersetzungen. Dabei ist man sich letzten Endes über Ausgangspunkt und Ziel vollkommen einig! Einig in der schärfsten Entrüstung, in toderndem Zorn gegen die Deutschenverfolgungen in Polen und im Memelland, einzig auch darin, daß hier endlich ein Eingreifen des Völkerbundes herbeigeführt werden muß, da wir selbst ja nicht helfen und unsere Volksgenossen schützen können. Uebersicht nur sind sich die Parteien in der Frage der Methode, der Art und Weise also, wie jenes Ziel zu erreichen ist. Sätte man nun nicht in den Vordergrund stellen sollen, was eint, und nicht das, was scheidet?!

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die deutschen Kriegszahlungen an England.

Aus einer Mitteilung des Ministers Snowden im

Neuer Ansturm auf den Remarque-Film

Der Filmkrieg in Berlin.

Zusammentritt der Oberfilmprüfungsstelle.

Der Kampf für und wider den Film „Im Westen nichts Neues“ ist allmählich zu einer großen politischen Sensation angewachsen. Links und rechts wird ein heißer Kampf für und wider den Film geführt. Während auf der Linken behauptet wird, daß es sich bei dem Film um ein Werk handle, das den Krieg in seiner rauen Wirklichkeit vorführe, betont die rechtsstehende Presse, daß in dem Film deutsche Ehre und deutsches Ansehen beleidigt würden, daß vor allem aber die im Auslande in etwas anderer Fassung laufenden Filme dem deutschen National-



Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Fabricius, der bei Kundgebungen gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ zwangsgestellt und dem Schnellrichter vorgeführt wurde.

gefühl hohnsprachen. Beachtenswert ist übrigens eine Meinung des Berliner Zentrumsorgans, der Germania, die erklärt:

Der Film ist in der jetzigen Fassung insofern als deutschfeindlich zu bezeichnen, als er ein unvollständiges Zeitwerk ist. Im Auslande gibt eine Originalfassung durch die Welt, die deutschfeindliche, zum mindesten aber deutschbeleidigende Szenen enthält. Man möge sich bei der Nachprüfung aber das echte Original vorlegen lassen. Es gibt auch im Auslande schon Abweichungen. Unsere Motivierung der Ablehnung gründet auch in diesen Motiven, geht aber weit darüber hinaus in das Fundament einer christlichen Ethik und Staatsauffassung. Man könnte manchen Kreisen, die sich in der Ablehnung des Films hervortun, sagen, es wäre logisch und auch sehr klug gewesen, wenn ihr schon dem Roman gegenüber eine entsprechende Schärfe gezeigt hätte! Inzwischen nahm das Übel seinen rein geschäftlichen Verlauf und ist nun schon etwas schwieriger auszumergen. Was soll geschehen?

Mit großer Spannung sieht man der Sitzung der Filmoberprüfungsstelle entgegen, die am Donnerstag zusammentritt, um sich mit den Einsprüchen mehrerer Landesregierungen gegen die Zulassung des Films zu beschäftigen. Von dem Urteil dieser Stelle, die ihre Entscheidung vollkommen selbständig und unabhängig trifft, wird es abhängen, ob der Film „Im Westen nichts Neues“ verboten werden wird oder ob seine Aufführungen weiter gestattet werden sollen. Inzwischen ist im Reichsinnenministerium Mitglieder der Reichsregierung, u. a. auch dem Reichsinnenminister, sowie Vertretern der preussischen Staatsregierung, zahlreichen Staatssekretären und höheren Beamten der Reichs- und preussischen Behörden der Film vorgeführt worden, damit sich diese höchsten Beamten einmal ein eigenes Urteil über den Film bilden können.

Auch das Auswärtige Amt hat sich noch einmal mit der ganzen Angelegenheit beschäftigt. Bei der ersten Prüfung ist dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, der lediglich als Sachverständiger auftritt, die Frage vorgelegt worden, ob Berichte aus dem Auslande den Film als deutschfeindlich hingestellt hätten. Diese Frage hat der Vertreter des Auswärtigen Amtes damals verneint, ohne sich weiter zu der Frage gutachtlich zu äußern. Demgegenüber hat der Vertreter des Reichswehrministeriums der Prüfstelle ein 15 Seiten umfassendes Gutachten vorgelegt. Die neue Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu dem Film dürfte den ersten Standpunkt revidieren.

Englischen Unterhauses geht hervor, daß das Englische Reich bis zum 31. August 1930 380 800 000 Mark an deutschen Kriegszahlungen erhalten hat. Davon wurden direkt von Deutschland gezahlt 154 200 000 Mark, durch Überweisung 83 200 000 Mark, für die Besatzungsarmeen 1 400 000 Mark, insgesamt 23 800 000 Mark. Auf dem Wege über Frankreich, Italien und Belgien sind gemäß dem Haager Abkommen zur Vervollständigung des englischen Anteils an den deutschen Zahlungen eingegangen: durch die Vervollständigung der Abkommen 99 800 000 Mark, aus den Haager Jahreszahlungen 42 200 000 Mark, insgesamt 141 000 000 Mark. Aus der Gesamtsumme erhält England 337 600 000, das übrige Englische Weltreich 43 200 000 Mark.

Die Verteilung der Haushaltsreferate im Reichstag. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die

Immer mehr Proteste.

Die Proteste, die bisher gegen die Aufführung des Films laut geworden sind, verstärken sich immer mehr. So teilt das Bundesamt des Stahlhelms B. d. F. mit: „Der entgegen dem Gutachten des Reichswehrministeriums von der Filmoberprüfstelle freigegebene amerikanische Kriegsfilm „Im Westen nichts Neues“ stellt nicht nur in der englischen und französischen, sondern auch in der aus geschäftlichen Rücksichten gemilderten deutschen Fassung eine fälschliche Darstellung deutschen Frontsoldatentums und damit eine schwere Beleidigung auch der deutschen Armee, ihrer zwei Millionen im Weltkriege Gefallenen und darüber hinaus des ganzen deutschen Volkes dar. Der Stahlhelm als der Bund der deutschen Frontsoldaten, die vom Kriege nicht zerbrochen wurden, erhebt schärfsten Protest gegen diese Beleidigung und verlangt, daß die Vorführung des Films „Im Westen nichts Neues“ in ganz Deutschland alsbald verboten wird. Es handelt sich hier nicht um Fragen des Geschmacks, sondern um eine Angelegenheit deutscher Ehre und Würde. „Den Dank des Vaterlandes“, den man uns einst versprochen hat, erwarten wir längst nicht mehr. Wir werden uns aber mit allem Nachdruck dagegen wehren, daß unser Kampf und das Sterben unserer Kameraden für Deutschlands Bestand heute unter dem Polizeischutz marshallischer Gewalttäter in Deutschland öffentlich in Ton und Bild verhöhrt und verächtlich gemacht werden darf. Die Bundesführung des Stahlhelms wird unter Bezeichnung dieser Auffassung bei den zuständigen Stellen im Reich Schritte unternehmen, um ein rasches Verbot des amerikanischen Schmähfilms herbeizuführen.“

Auch der Riffhäuserbund hat in einem Schreiben an den Reichsaussenminister nochmals dringenden Einspruch gegen die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ erhoben. Gleichzeitig hat der Riffhäuserbund den Reichspräsidenten gebeten, den Protest der alten Kameraden mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit zu unterstützen.

„Im Namen der Toten von Langemark“ erhebt die Allgemeine Studentenschaft der Universität Berlin Protest gegen die Filmvorführung und auch der Schutzverband Deutscher Filmtheater bedauert das Erscheinen des Films. In einer Entschlieung wird vor der Herstellung von Filmen mit einseitiger politischer Tendenz mit Rücksicht auf die Zusammenfassung des Kinopublikums gewarnt.

Demonstrationsverbot in Berlin.

Der Berliner Polizeipräsident hat einen Erlaß bekanntgegeben, wonach aus Anlaß der Protestdemonstrationen gegen den Remarque-Film und der damit zusammenhängenden Vorfälle sämtliche öffentlichen Kundgebungen in Groß-Berlin bis auf weiteres verboten werden.

Am Abend vor dem Verbot hatten sich wieder viele Tausende auf dem Wittenbergplatz eingefunden, um gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ zu protestieren. Schon lange bevor Göbbels und eine Reihe nationalsozialistischer Abgeordneter eintrafen, war der Platz voll besetzt. Aus der Menge ertönten immer wieder die nationalsozialistischen Kampfrufe, und mehrfach sang die Menge, unter der sich auch Stahlhelmsgruppen mit Fahnen befanden,

die Wacht am Rhein, das Deutschlandlied und andere vaterländische Lieder.

Neben verschiedenen nationalsozialistischen Abgeordneten sprach abermals, von der Menge wiederholt unterbrochen, Göbbels und forderte erneut das Verbot des Films. Zu mehrfachen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und der Polizei kam es, als die Polizei den Demonstrationszug in der Augsburger Straße auflösen versuchte. Da die Polizei zugleich sämtliche Nebenstraßen abgeriegelt hatte, wurden die Massen zusammengedrängt. Die Polizei nahm mehrere Demonstranten fest, u. a. den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Fabricius.

Im Preussischen Landtag hat die deutschnationale Fraktion einen Antrag zur Abschaffung des Berliner Polizeipräsidenten eingebracht, da „ihm jedes Verständnis für das moralische Recht des Volkes, sich gegen Verunglimpfung von Seiten des Auslandes zu wehren, fehlt“.

Fabricius vor dem Schnellgericht.

Geldstrafen wegen Übertretung und Beamtenebeleidigung. Bei den Verhandlungen vor dem Schnellrichter gegen den bei den Demonstrationen gegen den Remarque-Film festgenommenen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Fabricius wurde auch der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Heimannsberg, als Zeuge vernommen. Wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen beantragte der Staatsanwalt drei Tage Haft und wegen Beleidigung der Schutzbeamten einen Monat Gefängnis. Das Gericht fällte folgendes Urteil:

Der Angeklagte Fabricius wird wegen Übertretung der Berliner Straßensatzung zu 30 Mark Geldstrafe und wegen Beamtenebeleidigung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Verteidiger werden gegen das Urteil des Schnellgerichts Berufung einlegen.

Verteilung der Referate für den Haushaltsplan 1931 vorgenommen. Von den größeren Haushaltsplänen erhielten das Referat für das Auswärtige Amt die Deutsche Volkspartei, für das Reichsministerium des Innern das Zentrum, für das Reichswehrministerium und das Reichsfinanzministerium die Sozialdemokraten, für das Ernährungsministerium und das Finanzministerium die Nationalsozialisten, für das Verkehrsministerium die Deutschnationalen und für die allgemeine Finanzverwaltung die Kommunisten.

Schlachtung im Ruhrbergbau notwendig.

In den Verhandlungen zwischen Zechenverband und Gewerkschaften im Ruhrbergbau wurde eine Einigung über die ab 1. Januar 1931 festzusetzenden Löhne nicht erzielt. Der Zechenverband forderte eine Lohnherab-

„Khabarber“ im Reichstag

Kleine Vorlagen im Reichsparlament

Krach im Ballhaus.

Berlin, 10. Dezember.

Unmöglich, den heutigen Parlamentsverhandlungen Stimmung abzugewinnen für die türkischen Klänge des Dichters noch die ersten Gedanken des Geschichtsschreibers, selbst wenn sich der berufsmäßige Zeitungsschreiber dazu berufen fühlte. Schon im Anfang geräuschvolles Aufeinanderprallen, als der Nationalsozialist Dr. Frick die sofortige Freilassung des bei den Berliner Unruhen um den Remarque-Film verhafteten Reichstagsabgeordneten Dr. Fabricius verlangt. Ein Teil des Hauses ist nicht einverstanden, es muß erst eine Auszählung stattfinden, ehe Dr. Frick seinen Wunsch erfüllt sieht. Dann begründet der ehrenwürdige Dr. Kahl seine Forderung, die Strafrechtsreform alsbald fortzusetzen. Er findet Zustimmung und auch Widerspruch, und man ergreift bei Nationalsozialisten und Kommunisten die Gelegenheit, sich wieder in die Haare zu fassen.

Besonders antiepileptische Anwürfe, aber auch die Geräusch-erregung, mit der feinerzeit die „Meininger“ Volksgemurmel verursachten, spielen dabei eine große Rolle. Trotz Ordnungsrufen und Wortentziehungen kann der Präsident kaum Ruhe bringen, aber schließlich, wenn auch die Neigung zur Lebhaftigkeit anhält, wird die Strafrechtsreform den Ausschüssen überwiesen.

Sitzungsbericht.

(12. Sitzung.)

OB. Berlin, 10. Dezember.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) erhebt Einspruch dagegen, daß in Berlin die Polizei zugunsten eines Films, der Beschimpfungen der deutschen Armee enthält, sich mit Gummistockpöbeln gegen die Bevölkerung wendet. Dabei sei auch

der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Fabricius verhaftet

worden, der sich seit gestern in Polizeihast befindet. (Pöbelrufe rechts.) Sein Vergehen besteht nur darin, daß er, als während der Demonstrationen laute Knalle hörbar wurden, sich an den Polizeikommandeur um Aufschluß gewandt habe. (Erneute stürmische Pöbelrufe rechts. Bravorufe bei den Sozialdemokraten.) Fabricius sei bis zur Stunde nicht entlassen worden. Er beantragte einen Beschluß des Reichstages über sofortige Haftentlassung. Gegen den Antrag wird Widerspruch erhoben, worauf von rechts wieder laute Pöbelrufe ertönen. Abg. Dr. Frick beantragt, die Sitzung zu unterbrechen und sofortige Befragung des Ältestenrates. Für diesen Antrag erheben sich Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationale und das Landvolk. Das Ergebnis bleibt zweifelhaft, so daß Auszählung erfolgen muß. Beim Hammerspruch wird die Abstimmung über den Vertagungsantrag mit 214 gegen 187 Stimmen angenommen. Die Wirtschaftspartei beteiligt sich nicht an der Abstimmung. Unter Verfall der Nationalsozialisten unterbricht nunmehr Präsident Löbe die Sitzung und beruft den Ältestenrat ein.

Nach einiger Zeit eröffnet Präsident Löbe die Sitzung wieder und teilt mit, daß der Ältestenrat sich dahin geeinigt habe, den Antrag Dr. Frick als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ohne Widerspruch wird nunmehr der Antrag Frick auf sofortige Haftentlassung des Abgeordneten Dr. Fabricius einstimmig angenommen.

Nunmehr steht auf der Tagesordnung die erste Beratung des vom Abgeordneten Dr. Kahl (Dt. Vp.) beantragten Gesetzentwurfes über

die Strafrechtsreform.

Abg. Dr. Kahl (Dt. Vp.) begründet die Vorlage, deren Zweck sei, die unterbrochene Strafrechtsreform wieder in Gang und in absehbarer Zeit zum Abschluß zu bringen. Der Gang der Ereignisse im alten Reichstag habe ein Überleitungs-gesetz unmöglich gemacht. Er bittet die Regierung um Unterstützung. Präsident Löbe unterbricht hierauf den Redner, um bekanntzumachen, daß

Dr. Fabricius bereits aus der Haft entlassen

war, als sich der Reichstag mit dieser Frage beschäftigte.

Abg. Dr. Kahl fährt nunmehr fort: Die Strafrechtsreform sei in 205 Sitzungen des Strafrechtsausschusses und auf fünf Tagungen der deutsch-österreichischen Strafrechtskonferenz behandelt worden. Die auf diesen Konferenzen gefaßten Beschlüsse habe er, der Redner, zur Grundlage seiner Vorlage gemacht.

Abg. Dr. Kahl weist darauf hin, daß seine Vorlage für den neuen Strafrechtsausschuß nicht bindend sei. Es bestehe deshalb keinerlei Grund, sich der Fortsetzung der Reform zu widersetzen. Staatssekretär Jöel dankt dem Abg. Kahl namens der Reichsregierung für seine Bemühungen um die Wiederaufnahme der Strafrechtsreform.

Abg. Muntau (Christlichsozial) ist mit dem Vorschlag des Abg. Dr. Kahl einverstanden.

Abg. Dr. Löwenthal (Komm.): Das Werk des früheren Ausschusses sei eine Arbeit politischer, sozialer und kultureller Reaktion. Der Redner greift die Nationalsozialisten stark an und es kommt

zu Lärmereien.

Verschiedene Nationalsozialisten werden, da sie den Redner als „Juden“ beschimpfen, zur Ordnung gerufen.

Abg. Frank II (Nat.-Soz.) wird ebenfalls von lebhafter Unruhe empfangen. Er wirft dem Kommunisten jüdische Unversämtheit vor und wird zur Ordnung gerufen. Als der Redner den Vorwurf wiederholt, erhält er einen zweiten Ordnungsruf. Die weiteren Ausführungen sind kaum verständlich, da sie von den Kommunisten mit einem dauernden „Khabarber“ gemurmelt begleitet werden.

Präsident Löbe erhebt vergeblich, die dauernde Geräuschzeugung aufzugeben, da er sonst den Reichstag schließen müsse.

Die Nationalsozialisten würden, so betonte der Redner weiter, die Strafrechtsreform nicht fortsetzen. Nach weiteren Ausführungen, die aber wegen der von den Kommunisten andauernd erzeugten Geräusche kaum zu verstehen sind, erhält der Redner schließlich einen dritten Ordnungsruf, worauf der Präsident ihm zugleich das Wort entzieht.

Abg. Wegmann (Ztr.) begrüßt zugleich auch im Namen der Vaterländischen Volkspartei die Möglichkeit, die Strafrechtsreform auch in diesem Reichstag fortzusetzen.

Als Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) die Tribüne betritt, verlassen die Nationalsozialisten geschlossen den Saal. Abg. Dr. Gähbels ruft im Fortgehen: „Was hat denn dieser Jude

im Deutschen Reichstag zu suchen?“ Er wird dafür zur Ordnung gerufen.

Abg. Rosenfeld (Soz.) stimmt der Ausschußüberweisung der Vorlage zu, verlangt aber, daß die Todes- und Zuchthausstrafen verschwinden.

Die Nationalsozialisten, die inzwischen wieder im Plenarsaal erschienen waren, geben

ihrem Unmut wieder lebhaften Ausdruck

und rufen „Judenjunge“ usw. zum Redner hinauf. Zwischen dem nationalsozialistischen Abg. Vetter und einigen Sozialdemokraten entwickelt sich eine Auseinandersetzung über die Kriegsbeteiligung. Die Sozialdemokraten rufen:

Ihr habt ja nur gefressen!

Abg. Vetter zeigt darauf sein verletztes Bein und ruft: Wenn ihr so etwas behauptet, werde ich euch einmal in die Presse schlagen. Gleichzeitig geht der Redner drohend auf die Sozialdemokraten zu.

Präsident Löbe weist den Abg. Vetter aus dem Saal.

Abg. Karpfenstein (Nat.-Soz.): Dieser Reichstag ist nicht imstande, ein deutsches Strafrecht zu schaffen. Dafür haben die Parteien kein Verständnis, in denen die Intelligenz, besten und Gewerkschaftsbeamte sitzen. Man will auch im neuen Strafrecht Ausnahmemaße schaffen gegen die deutsche Nation und gegen den Idealismus.

Abg. Dr. Kahl (Dt. Vp.) erklärt sichtlich in großer Erregung, er verzichte mit Rücksicht auf den Tiefstand der Aussprache auf sein Schlusswort.

Gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten wird die Strafrechtsreform dem Ausschuß überwiesen.

Nunmehr wird die erste

Beratung des Pensionsfürsorgegesetzes

fortgesetzt.

Abg. Reinhold (Staatspt.): Auch das Berufsbeamtentum darf dieser Vorlage zustimmen. In der jetzigen Notzeit sind weitere Schichten des Volkes mit Recht darüber erregt, wenn Pensionsempfänger anderen Arbeitskräften die Plätze wegnehmen. Die Staatspartei behält sich Verbesserungsanträge vor.

Abg. Lude (Wirtschaftsp.): Die Beseitigung von Härten und Ungerechtigkeiten ist notwendig. Das ganze Gesetz ist nur aus der allgemeinen Notlage zu rechtfertigen. Die Wirtschaftspartei steht jeder Beamtenfeindlichkeit fern. Von den Beamten muß man aber verlangen, daß sie den Kampf gegen den Mittelstand auf dem Wege der Selbstversorgung aufgeben.

Abg. Böcker (Soz.) verteidigt das Gesetz und sagt, die Beamenschaft habe schon aus sich heraus den Weg der Selbsthilfe über Konjunktionsgesellschaften gewählt, und sie! qui daran.

Der Redner schließt mit den Worten: Es hat noch nie einen Minister in Deutschland gegeben, der so viel Verfassungsbrüche begangen hat wie der Nationalsozialist Dr. Frick in Thüringen.

Bei diesen Worten entsteht

ungeheurer Lärm

bei den Nationalsozialisten. Ein nationalsozialistischer Abgeordneter will auf einen Sozialdemokraten stürzen und wird nur mit Mühe zurückgehalten. Der stellvertretende Präsident Stöhr (Nationalsoz.), der augenblicklich amtiert, kann nur mit großer Mühe mit Ordnungsrufen usw. versuchen, die Stimmung zu beruhigen. Das gelingt ihm aber erst nach längerer Zeit.

Darauf geht die Debatte weiter.

Pensionsvorlage dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die Abendführung des Reichstages.

Abg. Semmes (Christl.-Soz.): Die Mitarbeit der Christlich-Sozialen im Ausschuß steht fest. Manche hohen Pensionen stehen in keinem Verhältnis zu der geleisteten Arbeit. Es geht nicht an, daß die Doppelverdiener den Erwerbslosen die Arbeit wegnehmen.

Abg. Semeter (Landvolk): Das Gesetz muß so gestaltet werden, daß es der Not des Volkes und der Gerechtigkeit der Beteiligten entspricht. In Anbetracht der allgemeinen Not darf an dem Abbau der Pensionen nicht vorbegegangen werden.

Abg. Groß (Ztr.) richtet heftige Angriffe gegen die Wirtschaftspartei, die ihre Beamtenfeindlichkeit mit verschiedenen Agitationsreden bewiesen hat. Der Gegensatz zwischen der Agitation gegen die hohen Pensionen und der Haltung zu diesem Gesetz zeige sich auch bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen. (Rufe rechts: Abenauer!)

Ich nehme keinen in Schutz, der von seinem hohen Gehalt nichts opfern will. Ich bedaure, daß die Oberbürgermeister dem Beispiel der hohen Reichsbeamten nicht folgen wollten, sagt Redner.

Abg. Sprenger (Nat.-Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Böcker. Die Beamenschaft wende sich vom Marxismus ab. Abg. Sprenger verteidigt weiter die Maßnahmen des Ministers Frick in Thüringen.

Abg. Lude (Wirtschaftsp.): Die gegen meine Partei erhobenen Angriffe sind ungerechtfertigt, und die Wirtschaftspartei hat ihre Beamtenfreundenschaft genügend bewiesen.

Darauf wird die Vorlage dem Haushaltsausschuß überwiesen. — Präsident Löbe schlägt nunmehr Vertagung vor. Es entwickelt sich eine ausgebreitete Geschäftsordnungsdebatte über die Tagesordnung.

Sämtliche Abänderungsanträge werden abgelehnt. Der Antrag wegen des Republikshutgesetzes durch Auszählung mit 239 gegen 188 Stimmen.

Nächste Sitzung Donnerstag. Tagesordnung: Ladenschluß am Heiligen Abend.

Der Remarque-Film im Reichstag.

Deutschnationale fordern Regierungsmaßnahmen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ersucht in einem Antrage die Reichsregierung,

sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen,

um, wie es im Antrage heißt, der Ausführung des das deutsche Ansehen aufs schwerste schädigenden und das deutsche Volksempfinden unerträglich herausfordernden Bildstreifens „Im Westen nichts Neues“ ein Ende zu machen.

den Gegenständen noch folgende Punkte zu erledigen: Vorberlegung des Ladenschlusses am Heiligen Abend, Verlängerung der Urheberrechtsschutzfrist (Zer Nische), Reform der Angestelltenversicherung, Verlängerung der Regelung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung. Nach der Ansicht des Ältestenrates wird die Sitzungsperiode mindestens noch bis Freitagabend, unter Umständen bis Sonnabend, dauern.

Der Ladenschluß am Heiligabend.

Sitzung des Sozialpolitischen Reichstagsausschusses.

Nach längerer Aussprache im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurde beschlossen, daß für offene Verkaufsstellen, auch wenn sie keine Angestellten beschäftigen, der Ladenschluß am Heiligabend allgemein auf 5 Uhr festgesetzt wird. Bis zu einer halben Stunde nach Ladenschluß dürfen noch bereits anwesende Käufer bedient und Aufräumarbeiten geleistet werden.

Dieser Beschluß bedeutet, daß die Ausnahme für Le-

bensmittel- und Genussmittelgeschäfte und für Geschäfte ohne Angestellten, die bis 6 Uhr offen halten dürfen, befristigt wird.

Weiter beschloß der Ausschuß, daß alle Gaststätten am Heiligabend, auch wenn sie keine Angestellten beschäftigen, um 7 Uhr schließen müssen. Bis zu einer halben Stunde nach der Schließzeit darf bedient und aufgeräumt werden. Für die Beköstigung und Beherbergung Ortsfremder wird eine den Bedürfnissen entsprechende Regelung getroffen.

Schieles Agrarpläne vorläufig unerledigt.

Die Regierung wird die Durchführung beschließen.

Nach der parlamentarischen Lage im Reichstag hat es sich, wie von unterrichteter Seite verlautet, als unmöglich herausgestellt, die in den letzten Tagen im Reichstabinett behandelten weiteren landwirtschaftlichen Maßnahmen noch während des augenblicklichen Sitzungsabschnittes des Reichstages im Wege der Initiativgesetzgebung zur Durchführung zu bringen. Dementsprechend dürfte sich die Reichsregierung nach der Vertagung des Reichstages mit der Frage befassen, auf welchem Wege nunmehr die von dem Reichsernährungsminister vorgeschlagenen Maßnahmen zu der vorgesehenen beschleunigten Erledigung gebracht werden können.

Falsche Gerüchte über Severing.

Es waren Gerüchte über einen Anschlag gegen den preußischen Innenminister Severing verbreitet. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, ist an diesen Gerüchten kein wahres Wort.

Regierungsvertreter

und Nationalsozialismus.

Ein politischer Zwischenfall.

Bei der Sitzung des landwirtschaftlichen Zentralvereins Jüterburg kam es zu einem Zwischenfall. Der Vorsitzende des Zentralvereins, Rittergutsbesitzer Papendiek, hatte in seiner Ansprache Worte von Winnig über den Nationalsozialismus zitiert. Der anwesende Vertreter des Regierungspräsidenten, Regierungsvizepräsident Ellinghoff, ergriff darauf das Wort und erklärte unter großer Unruhe,

er sei nicht gekommen, um sich die Verherrlichung des Nationalsozialismus anzuhören, dessen Angehörige von der Staatsregierung als Hochverräter betrachtet würden. Er verließ darauf die Sitzung.

Kartell- und Monopolgesetz.

Sozialdemokratischer Initiativantrag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Kartell- und Monopolgesetzes als Initiativantrag eingebracht.

In dem Gesetz wird die Reichsaufsicht über Kartelle, monopolistische Konzerne und monopolistische Einzelunternehmungen festgelegt.

Zweck der Reichsaufsicht soll sein, Schädigungen von sozialen und gesamtwirtschaftlichen Interessen sowie des Gemeinwohl zu verhindern und Zusammenstöße und Vereinbarungen im sozialen Interesse, im Interesse der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohl zu fördern.

Hindenburg Ehrenprotector

der Reichshandwerks-Woche.

Als Ehrenmeister des deutschen Handwerks.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hatte Reichspräsident von Hindenburg, Ehrenmeister des deutschen Handwerks, gebeten, das Ehrenprotectorat zu der vom 15. bis 22. März nächsten Jahres stattfindenden Reichshandwerks-Woche anzunehmen. Diese Reichshandwerks-Woche betrachtet es als ihre Aufgabe, die Öffentlichkeit auf die Bedeutung des Handwerks und auf seinen Wert für den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft hinzuweisen.

Von dem Bureau des Reichspräsidenten ist dieser Tage dem Reichsverband die Mitteilung zugegangen, daß der Reichspräsident gern bereit ist, das Ehrenprotectorat über die Reichshandwerks-Woche zu übernehmen.

Winter am Arbeitsmarkt.

3 762 000 Erwerbslose.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist die Zahl der Arbeitsuchenden im ganzen Reich vom 15. bis 30. November um 204 000 auf insgesamt 3 762 000 gestiegen.

Der Zustrom neuer Erwerbsloser zu den Arbeitsämtern stellte sich in der Berichtszeit auf 5,7 Prozent. In der gleichen Zeit des Vorjahres war der Zustrom mit 14,2 Prozent erheblich stärker.

In der Arbeitslosenversicherung wurden Ende November 1 788 000 und in der Krisenunterstützung 566 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Zunahme in den beiden letzten Novemberwochen beträgt hier 127 000 Personen.

Die französische Kabinettsbildung wieder gescheitert.

Laval gibt den Auftrag zurück.

Senator Laval hat den Auftrag zur Bildung des neuen französischen Kabinetts an den Präsidenten der Republik wieder zurückgegeben. Dieser plötzliche Umschwung ist angeblich darauf zurückzuführen, daß Laval bei der Marin-Gruppe nicht die erwartete Unterstützung gefunden hat. Ferner soll auch Painlevé (Briand-Gruppe) eine Beteiligung an der Regierung abgelehnt und sich in der Frage des Ausschlusses des rechten Flügels der Tardieu-Mehrheit von der neuen Regierung der Haltung der Radikalsozialisten angeschlossen haben.

Der Polizeifreit Reich-Thüringen.

Aussprache im Thüringischen Landtag.

Im Thüringischen Landtag fand eine Aussprache über den Polizeifreit mit dem Reich statt. Der Regierungsvertreter stellte fest, daß das beschlagnahmte Spigelmateriale ein trauriges Bild davon gebe, wie sich Polizeibeamte hinter dem Rücken ihrer Vorgesetzten zum Schaden des Landes bemüht hätten, dem Reichsinnenminister Dr. Wirth in seinem Kampfe gegen Thüringen Unterlagen über angebliche Mißstände in der Landespolizei zu liefern. Trotz der angeforderten Be-

Die Weihnachtsferien des Reichstages.

Der Ladenschluß am Heiligen Abend.

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß, vor Weihnachten außer den bereits auf der Tagesordnung stehen-

Getreidevorräte und Abfahrlage.

Das Problem der Kartoffelverwertung.

Nach der von der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat durchgeführten Erhebung über die am 15. November 1930 noch in den Händen der Landwirtschaft befindlichen Vorräte und Verkaufsmengen ergibt sich im Vergleich zu den Ziffern des Vormonats und der gleichen Zeit des Vorjahres für das gesamte Reichsgebiet, daß trotz des größeren Ernteausfalls die Weizenvorräte prozentual geringer sind als im Vorjahre. Aber auch die tatsächlichen Weizenbestände dürften die des Vorjahres nicht wesentlich übersteigen. Beim Roggen liegen infolge der geringeren Ernte die Vorräte prozentual und absolut unter denen des Vorjahres. Beim Futtergetreide werden sowohl bei der Gerste als auch beim Hafer die tatsächlich noch vorhandenen Mengen gleichfalls unter den im Vorjahre festgestellten ausgewiesen.

Infolge der Haderfruchtente und der Feldbestellungsarbeiten hat die Erntebewegung seit dem 15. Oktober geringere Fortschritte gemacht als in der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober. Der Absatz der gegenüber dem Vorjahre nicht erheblich größeren verfügbaren Weizenbestände sollte unter dem Einfluß der zollpolitischen Maßnahmen und des Vermahlungszwanges als gesichert gelten. Beim Roggen müssen die Verkaufsmengen gegenüber dem letzten Jahre geringer veranschlagt werden. Auch hier sind die Absatzmöglichkeiten insofern etwas gebessert, als durch den Beimischungszwang Möglichkeiten einer Entlastung des Roggenmarktes gegeben sind. Trotzdem sollte die Landwirtschaft aber noch weiter größere Mengen als Viehfutter verwenden. Angesichts der geringeren Ernte sind bei der Sommergerste die tatsächlich noch vorhandenen Verkaufsvorräte geringer anzuschlagen. Da der Bedarf an Braugerste fast gedeckt ist, sollten die Landwirte gleichfalls einen größeren Teil ihrer Sommergerste als Futter verwenden, sofern nicht ganz hochwertige Braugerste zum Verkauf gestellt werden kann. Die Haferverkaufsvorräte liegen unter den vorjährigen. Die Absatzmöglichkeiten dürften aber trotzdem nicht als behoben gelten, da die Ausfuhrmöglichkeiten außerordentlich ungenügend liegen.

Bei den Kartoffeln sind die Vorräte und Verkaufsmengen infolge der diesjährigen Reformernte weit größer. Wenn auch die Haltbarkeit der Kartoffeln in diesem Jahre außerordentlich gering ist, so daß mit einem starken Abgang durch Fäulnis zu rechnen ist, so sollten aber die nicht abzuleugnenden Absatzschwierigkeiten den Landwirten Anreiz zur verstärkten Verfüllung im eigenen Betriebe geben. Daneben muß die Landwirtschaft ihre Forderung auf Einführung eines ausreichenden Beimischungszwanges von Spiritus zu Treibstoffen weiter aufrechterhalten, da nur hierdurch das schwierige Problem der Kartoffelverwertung restlos und glücklich gelöst werden kann.

Was der Tag bringt.

Hilfe für stellungslose ältere Angestellte.

Die Frage der Versorgung stellenlos gewordenen älterer Angestellten ist besonders schwierig. Da ist ein Antrag bemerkenswert, den die Vola, Vereinigung der leitenden Angestellten e. V., soeben an den preussischen Minister für Volkswohlfahrt gerichtet hat. Sie bittet darin, bei Vergütung von Notstandsarbeiten nur solche Firmen zu berücksichtigen, die einen bestimmten Prozentsatz älterer Angestellten beschäftigen oder bereit seien, die erforderlichen Neueinstellungen nur aus den Reihen der stellungslosen älteren Angestellten, die mehr als 45 Jahre alt sind, vorzunehmen. Der Vorschlag würde, wenn er verwirklicht würde, zweifellos eine sofortige Hilfe für eine gewisse Zahl älterer Angestellten bedeuten; die Vola verweist darauf, daß sie an der sozialen Einrichtung der Notstandsarbeiten nur solche Firmen teilhaben lassen wolle, die sich der Einstellung etwas älterer Angestellten nicht verschließen.

Deutsche Pflicht im Osten.

Kürzlich sprach Universitätsprofessor Dr. Solger über die „Deutsche Pflicht im Osten“. Der Rechtslosigkeit, der heute die in Polen lebenden deutschen Minderheiten ausgesetzt seien, sei das deutsche Bürgertum, das einst die Städte Krakau und Lemberg gründete, schon seit Jahrhunderten zum Opfer gefallen. Die Eindeutigkeit des deutschen Ostens zwischen Elbe und Weichsel sei im Mittelalter im Zeichen deutscher Volkskraft, mit der sich slawische Fürsten in Brandenburg, Schlesien und Pommern verbündeten, um gegen die Bedrohung durch die polnische Macht im Rechte des deutschen Kulturkreises Schutz zu suchen, erfolgt. Es sei falsch, wenn man glaube, Polen sei berechtigt, sich zum Sprecher des Slaventums gegenüber dem Deutschland aufzuwerfen. Der Gang der Geschichte beweise, daß die polnischen Machthaber die Litauer und Ruthenen ebenso unterdrückt hätten wie die Deutschen. Friede und Völkerverständigung können erst dann wieder eintreten, wenn allen Deutschen der Friede und Rechtsschutz als die selbstverständlichen Grundsätze eines gesunden Staates erschienen und wenn das deutsche Volk erst wieder mächtig genug geworden sei, die Achtung vor dem Recht in den uns heute entrissenen Ostmarken wieder zur Geltung zu bringen.

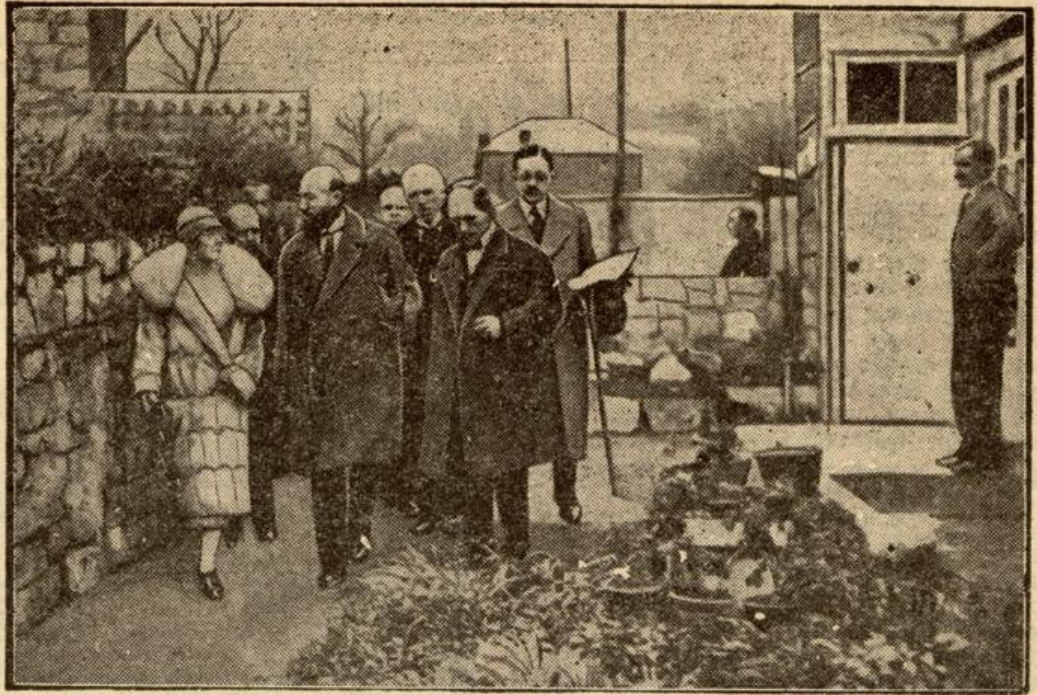
Der Staat als Winger.

Im Besitz des Preussischen Staates befindet sich auch eine Anzahl Weingüter mit einer nutzbaren Weinbergfläche von 249 Hektar. Am zahlreichsten sind die staatlichen Weinberge im Regierungsbezirk Wiesbaden; hier liegen die Weingüter Almannshausen, Rüdesheim, Hattenheim, Steinberg, Nauenthal und Hochheim. Weitere staatliche Weingüter sind Niederhausen, Schloßböckelheim und Marienthal im Regierungsbezirk Koblenz und Avelsbach, Ocken und Serrig im Regierungsbezirk Trier. Nach den Schätzungen des Haushalts für 1931 liefert das Weingut Serrig bei 30 Hektar nutzbarer Weinbergfläche den größten jährlichen Ertrag, nämlich 209 100 Mark, an zweiter Stelle steht hinsichtlich der Ertragsfähigkeit das 36 Hektar nutzbare Weinbergfläche umfassende Weingut Niederhausen-Schloßböckelheim mit 151 000 Mark. An letzter Stelle steht Almannshausen mit 30 700 Mark. Die staatlichen Weingüter bringen dem Preussischen Staat keinen Gewinn, beanspruchen vielmehr Jahr für Jahr einen erheblichen Zuschuß, der sich in den letzten Jahren allerdings ständig vermindert hat.

Die Zwanosverwaltung der Gemeinden.

Wann erhalten die Kommunen einen Kommissar?

Von der preussischen Staatsregierung sind in einer Reihe von Städten Staatskommissare eingesetzt worden. Anlässlich dieser Tatsache wird von zuständiger



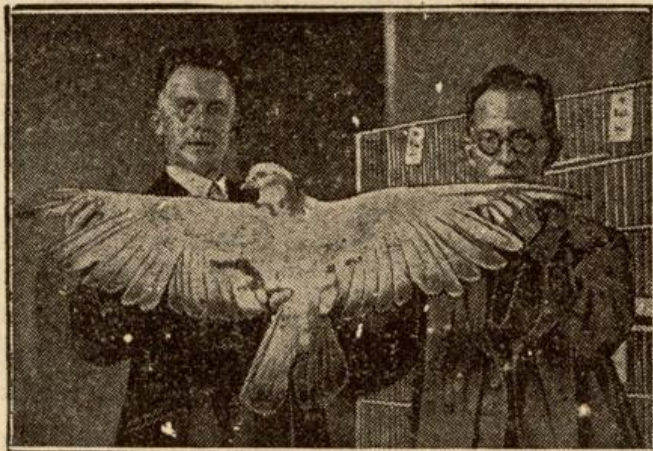
Die Königin von Belgien im Gebiet des Todesnebel. In einer Reihe von Ortschaften des Maastales zwischen Namur und Lüttich etwa 60 Personen einen bisher una-

erklärten Erstickungstod brachte, mit einer Kommission belgischer und ausländischer Ärzte in der schwer heimge-suchten Ortschaft Klemalle.

Stelle darauf verwiesen, daß ein Kommissar nur dann bestellt wird, wenn ein auf andere Weise nicht zu beseitigender kommunaler Notstand vorliegt. Der Kommissar wird, wie hierzu die Rheinisch-Westfälische Zeitung ausführt, bei den Städten stets durch den Regierungspräsidenten, nicht durch das Staatsministerium oder einzelne Minister bestellt. Der Kommissar ist an die genaue Anweisung des Regierungspräsidenten gebunden. Wenn der Regierungspräsident zu seinem Kommissar bestellen will, ist reine Ermessensfrage. Es ist nur ein letztes Entgegenkommen gegenüber der Selbstverwaltung, wenn der Kommissar in der Person ihres selbstgewählten und mit der Kommunalverwaltung am besten vertrauten Leiters bestellt wird. Wo die Bestellung des leitenden Kommunalbeamten nicht möglich oder nicht angebracht war, hat der Regierungspräsident den Kommunalbezeren der Regierung zum Kommissar bestellt.

Bei den Erörterungen, ob in einer Stadt die Bier- oder die Bürgersteuer kommissarisch einzuführen ist — nur eine von beiden konnte bisher zwangsweise eingeführt werden —, wird häufig übersehen, daß die Biersteuer nur noch für den Teil des Rechnungsjahres seit der Einführung erhoben werden kann. Sie bringt demgemäß ganz wesentlich niedrigere Erträge als die Bürgersteuer, die auch jetzt noch mit Rückwirkung für das ganze Jahr erhoben werden kann. Die Steuereinführung hängt daher in erster Linie von der Höhe des Fehlbetrages ab, der zu decken ist. Insofern liegen vielfach die Verhältnisse in den einzelnen Städten ganz verschieden, finden also auch die verschiedene Regelung.

Eine Riesentaube.



Auf der Berliner Internationalen Taubenschau, die — mit 5000 erlesenen Exemplaren besetzt — dieser Tage veranstaltet wurde, erröte ein blauer Räder mit einer Flügelspannweite von 1,05 Metern die Bewunderung aller Taubenliebhaber.

Kriegsbeschädigte und Notverordnung vom 1. Dezember 1930.

Die neue Notverordnung enthält für die Kriegsbeschädigten eine Reihe wesentliche Änderungen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, pp. Gauleitung West alen weft hierdurch auf die wichtigsten Änderungen der alten Notverordnung ausdrücklich hin. Geändert sind zu Gunsten der Kriegsbeschädigten die Bestimmungen über die Bürgersteuer und die Krankenversicherung.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Bürgersteuer ist jetzt dahingehend geändert, daß diese Steuer nicht erhoben werden darf von Personen, die am Fälligkeitstage eine Zusatzrente nach § 88 des Reichsverorgungs-gesetzes erhalten. Sämtliche Kriegereltern, Kriegerhinterbliebene und Beschädigte, die Zusatzrente empfangen haben, sind für das kommende Steuerjahr von der Zahlung der Bürgersteuer befreit. Soweit sie eine Veranlagung für die Bürgersteuer erhalten, müssen sie den Bezug der Zusatzrente der Veranlagungsbehörde umgehend anzeigen. Soweit Kriegsopfer keine Zusatzrente, aber eine Invalidenrente aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung erhalten und ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 RM. nicht übersteigt, sind sie von der Zahlung der Bürgersteuer ebenfalls befreit. Ferner sind alle Personen befreit, die laufend Fürsorgeleistungen beziehen.

Von der Zahlung der Gebühr für den Krankenschein, sowie für das Verordnungsblatt (Rezeptgebühr) sind nach der jetzigen Notverordnung auf Grund der neuen Bestimmungen des § 182 b befreit sämtliche schwerbeschädigte Rentenempfänger aus der Reichsverorgung, also diejenigen Kriegsbeschädigten, die eine Rente von 50 und mehr Prozent beziehen. Außerdem sind nach der Neufassung des § 8 des RVO. sämtliche Beschädigte, die eine Zusatzrente nach dem RVO. beziehen, von der Zahlung der Gebühren befreit. Bei Inanspruchnahme der Krankenhilfe ist also die Eigenschaft als Schwerbeschädigter oder als Empfänger von Zusatzrente nachzuweisen. Die Beschädigten, die für die

Befreiung infrage kommen, wollen deshalb jedesmal die entsprechenden Ausweispapiere mitnehmen. Vom 10. Tage der Krankheit ab ist eine Gebühr für Arznei und Heilmittel überhaupt nicht mehr zu entrichten, auch nicht von den Leichtbeschädigten, die für die ersten 10 Tage nicht von den Gebühren befreit sind.

Der Kampf des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten gegen die drückenden Bestimmungen der ersten Notverordnungen ist also wenigstens teilweise von Erfolg gekrönt.

Kriegsschuldebate im amerikanischen Senat.

Scharfe Stellungnahme Borahs gegen die These der Allainschuld Deutschlands am Kriege. Die anderen Staaten Europas mindestens mit schuldig!

Der Kampf um die Revision der interalliierten Schuldverträge und die Herabsetzung der deutschen Reparationsleistungen führte im amerikanischen Senat zu einer unerwarteten und heftigen Aussprache über die Kriegsschuldfrage. Der republikanische Senator Reed erklärte, Deutschland habe seine eigenen Kriegsschulden durch die Inflation sozusagen getilgt. Seine jährliche Reparationslast betrage nur noch 480 Millionen Dollar, während England die ungeheure Summe von 2 Milliarden Dollar ohne jährliche Verzinsung seiner Kriegsschuld ausbringen müsse. Amerika dürfe nicht den Fehler begehen, zu sehr mit Deutschland zu sympathisieren, um so mehr als dieses die Verantwortung für den Weltkrieg trage.

Senator Borah, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, sprach sich zwar gegen einen allgemeinen Schuldenerlass aus, legte jedoch gegen die Behauptung Reeds, Deutschland trage die Allainschuld am Kriege scharfe Bewehrung ein. Er könne die These Reeds von der Allainschuld Deutschlands am Kriege unmöglich anerkennen. Frankreich, Großbritannien und die europäischen Staaten seien mindestens mit schuldig.

Protokollverlesung im Bombenlegerprozeß

Was die Angeklagten in der Voruntersuchung gesagt haben. Im kleinen Bombenlegerprozeß, der in Altona verhandelt wird, wurde mit der Verlesung der Protokolle fortgefahren. Der Angeklagte von Wilmowig, Witten-bors erklärte nach der Verlesung der ihn betreffenden Protokolle, daß das geltende Recht

die Menschen zur Angeberei zwingt.

Sodann wurden die Protokolle der Angeklagten Hambrodt, Ammermann und Kröger verlesen. Während Hambrodt befreit, an irgendwelchen Anschlüssen beteiligt gewesen zu sein, hat Ammermann bei seiner Vernehmung vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter erklärt, er habe die ganze Sache nicht ernst genommen. Er habe auch nicht an der Herstellung von Bomben mitgearbeitet. Kröger hat angegeben, daß er ihm von der Anfertigung der Bomben erzählt und auch die Zusammenfassung der Sprengstoffladungen erklärt. Damit war die Verlesung der Protokolle über die Vernehmung der sechs Angeklagten in der Voruntersuchung beendet.

Zeugen werden vernommen.

Im Altonaer Prozeß sagte der Zeuge Kriminalkommissar Köhler aus, es habe sich in Neumünster um ein Attentat gegen Personen gehandelt. Durch vertrauliche Mitteilungen sei er darauf gekommen, daß die Täter in Hamburg Altona unter den Mitgliedern der Organisation „Berwolf“ zu suchen seien. Er hat nach seiner Angabe den Angeklagten noch überführt. Der technische Polizeileitend Hansen erklärte, der Zündler im Koffer sei ein sogenannter elektrischer Gasanzünder gewesen. Der Zündsatz sei nicht zur Explosion gekommen, sondern nur angezündet gewesen.

Darauf wurde die Verhandlung vertagt.

Entscheidung über Frenzels Haftbeschwerde

Entlassung aus der Haft gegen 10 000-Mark Sicherheit.

Aus Berlin wird berichtet: Der vierte Strafsenat des Kammergerichts entschied über die Haftbeschwerde des in Potsdam wegen Missetat zu Zuchthaus verurteilten Schornsteinfegermeisters und früheren Bezirksvorstehers Frenzel. Der Haftbefehl des Amtsgerichtes Potsdam wird aufrechterhalten, jedoch soll Frenzel aus der Haft entlassen werden, wenn er eine Sicherheit von 10 000 Mark leistet. Das Kammergericht nimmt an, daß Frenzels Fluchtfähigkeit durch seinen schlechten Gesundheitszustand nicht beeinträchtigt wird.

Einstweilen wird Frenzel wohl in der Haft bleiben müssen, da er über nur 6000 Mark verfügen zu können scheint. Seine Verteidiger hoffen jedoch, die noch fehlenden 4000 Mark auf dem Wege einer Sammlung zusammenbringen zu können.

Der Detmolder Meineidsprozeß.

Kesseltreiben gegen die Verteidiger aus dem Landesstrafanklagsprozeß.

Bei starkem Publikumsandrang nahm der Meineidsprozeß des Präsidialrats Heise vor dem Schwurgericht in Detmold seinen Fortgang. Das Gericht beschäftigte sich zunächst mit dem Fall des ehemaligen Nachtmeisters Güte

mühungen des Reiches sei bisher nicht der geringere Beweis für das Vorhandensein nationalsozialistischer Zellen in der Landespolizei erbracht.

Die Nationalsozialisten brachten eine Entschließung ein, nach der der Landtag die Art verurteilt, wie der Reichsinnenminister in seinem einseitig gegen Thüringen provozierten Polizeistreit sich verlogen und dunkler Elemente bediene und dadurch das Land in große Schwierigkeiten gebracht habe.

Gegen die Getränkesteuer.

Protestentschließung der deutschen Kaffeehausbesitzer.

Die 22. Hauptversammlung des Reichsverbandes der Kaffeehausbesitzer und verwandter Betriebe in Hamburg protestierte gegen die Gemeindegetränksteuer in einer Entschließung. Der Reichsverband ermahnt seine Mitglieder, die Steuer dem Gast gesondert in Rechnung zu stellen.

Schlichtung in Oberschlesien beantragt.

Ergebnislose Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen im ober-schlesischen Bergbau.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie und den Bergarbeitergewerkschaften sind Verhandlungen über Manteltarif, Arbeitszeitabkommen und Lohn- und Gehalts für den ober-schlesischen Steinkohlen- und Erzbergbau im Gange.

Die Verhandlungen verliefen ergebnislos.

Der Arbeitgeberverband forderte eine zwölfprozentige Lohnherabsetzung, die Bergarbeiterorganisationen forderten eine allgemeine Lohnzulage von 70 Pfennig je Schicht, außerdem eine Verringerung der Arbeitszeit unter Tage auf sieben Stunden.

Der Arbeitgeberverband hat die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragt.

Württemberg beschließt Diätentfözung.

20 Prozent der Bezüge.

Der Ältestenrat des Landtages hat zur Kürzung der Landtagsdiäten einen Vorschlag des Zentrums angenommen, nach dem bei den fortlaufenden Bezügen für sämtliche Landtagsmitglieder gleichmäßig 20 Prozent abgezogen werden sollen. Für Teilnahme an Ausschüßsungen sollen für die am Tagungsort und in einem Umkreis von 20 Kilometern wohnhaften Abgeordneten acht Mark, für die übrigen zwölf Mark für den Sitzungstag gegeben werden. Die neue Regelung wird am 1. Januar in Kraft treten.

Die Wirtschaftsnöte der Städte.

Der Gesamtverband des Reichsstadtebundes sagte in seiner letzten Tagung folgende Entschließung: Er vermisste ausreichende Maßnahmen zur Sicherstellung der kommunalen Finanzwirtschaft. Der Vorstand halte er sofortige Ergänzung der Notverordnung, durch die den Gemeinden schon für das laufende Rechnungsjahr entweder die Lasten für die Wohlfahrtsverbände und die Krisenunterstützung abgenommen oder ausreichende Mittel zu deren Bestreitung bereitgestellt werden, für erforderlich.

Revolveranschlag auf den dänischen Sozialminister.

Der Täter verhaftet.

Bei der Behandlung der Sozialgesetzentwürfe der Regierung wurde auf den Sozialminister Steinte im Folketing, dem dänischen Reichstag, ein Revolverattentat verübt. Unter dem Ruf „Im Namen der Arbeitslosen“ wurde von einem Tribünenbesucher ein Revolveranschlag abgegeben, der zweifellos den Minister hätte treffen sollen, aber in die Decke des Hauses ging, weil zwei Detektive sich sofort auf den Attentäter stürzten, ihm den Arm in die Höhe schlugen und ihn überwältigten. Der Mann wurde sofort abgeführt.

Der Polizei war seit langem bekannt, daß ein Attentat geplant war, so daß sie zahlreiche Kriminalbeamte in das Parlament entsandt hatte, die namentlich auf den Tribünen unzufällig verteilt waren. Der Minister unterbrach seine Rede nach dem Schuß für kurze Zeit und nahm dann seine Ausführungen mit einem Witzwort wieder auf. An der Decke des Parlaments befindet sich eine größere Schußöffnung.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Salver, den 11. Dezember 1930.

Unser eigener Nebel.

In Belgien hat man mit dem Nebel traurige Erfahrungen gemacht, aber es ist noch immer nicht klar, ob die Schuld den Nebel allein trifft und ob da nicht vielmehr andere Dinge von geheimnisvoller Art mitspielen. Inzwischen haben auch wir unseren Nebel bekommen, und es ist nur gut, daß er nicht so gefährliche Dinge enthält wie der belgische und der diesem einigermaßen verwandte Londoner Nebel, obwohl auch er — nämlich unser Nebel — seine Tücken haben kann. Im allgemeinen pflegt sich bei uns der herbstlich-winterliche Nebel im November einzustellen, diesmal aber hat er sich etwas verspätet (wie sich der ganze Winter verspätet zu haben scheint) und erschien erst im Dezember — nicht überall in deutschen Ländern, aber doch an sehr vielen Orten. Als bald weißgraue, und grau-gelbe feuchte Masse liegt sich ein Nebel über Stadt und Land, und es sieht manchmal so aus, als ob große Ballen Watte in der Luft festsäßen. Natürlich kann man, die Hand vor den Augen nicht sehen, und brennende Laternen bleiben oft unsichtbar oder machen sich höchstens als trübe Flämmchen bemerkbar. Das alles haben wir jetzt wieder erlebt, und unsere Welt war an manchen Tagen stundenlang in undurchsichtige Schleier gehüllt, so daß aus dem Gehen vielfach ein Tappen und Tasten werden mußte. Giftgase, wie schon angedeutet, enthält unser Nebel nicht, aber daß die Nebelluft besonders gewesen wäre, läßt sich auch nicht behaupten. Für Leute, die an Atemwegsbeschwerden, an Hals- und Lungenkrankheiten usw. leiden, ist solch ein Nebel immer „Gift“, ohne daß er richtiges Gift in sich zu tragen braucht. Aber der Novembernebel, der jetzt zum Dezembernebel geworden ist, gehört nur einmal zur Eröffnung der Winterfaison, und es braucht jetzt nur noch Schnee zu fallen und zu frieren, dann hätten wir den in Aussicht gestellten Winter. Einwischen aber scheint die „Aussicht“ im wahren Sinne des Wortes noch sehr „nebelhaft“ zu sein. Es wird nämlich von den Wetterkundigen erklärt, daß eine wesentliche Änderung des augenblicklichen Wetters nicht zu erwarten sei, was, ins Deutliche überseht, heißen dürfte: es bleibt bei etwas Regen und etwas Nebel, und es bleibt auch bei den sanften Temperaturen, was im Hinblick auf die herrschende Not natürlich durchaus erwünscht ist. Und wenn vielleicht selbst das Weihnachtstfest ohne Schnee und Eis vorübergehe, sollte, so wird man sich darüber zu trösten wissen mit dem Gedanken, daß die vielen, allzuvielen, welche bittere Not leiden, an den Festtagen wenigstens nicht allzusehr frieren werden.

□ Erleichterung der Drucksachenwerbung. Die Deutsche Reichspost hat mit sofortiger Wirkung die Vorschriften über die Versendung von Drucksachenarten mit anhängender Antwortkarte zu der ermäßigten Gebühr von drei

Pfennig erleichtert. Die Freimachung einer Drucksachendoppelkarte mit einer Dreipfennigmarke ist künftig auch dann zulässig, wenn die Antwortkarte neben den üblichen Aufdrucken zur Vorbereitung der Antwort noch sonstige Werbeaufdrücke des Absenders der Doppelkarte enthält. Die Antwortkarte steht jetzt also bis auf die für die Anschrift bestimmte rechte Hälfte der Vorderseite und bis auf den für die Antwort vorgesehenen Teil restlos für Werbeaufdrücke zur Verfügung. Die Fünfpfenniggebühr bleibt nur für solche Drucksachendoppelkarten bestehen, deren anhängender Teil keine Antwortkarte darstellt, sondern lediglich gedruckte Mitteilungen an den Empfänger enthält.

—* Die Reichsbahndirektion Wuppertal im November 1930. Im Güterverkehr ließ nach der jahreszeitlich bedingten geringen Steigerung in den beiden Vormonaten der Stückgutverkehr im November nach Beendigung des Obst- und Kartoffelverkehrs wie alljährlich wieder nach. Der einsekende Weihnachtsverkehr konnte keinen Ausgleich bringen. Der Wagenladungsverkehr blieb nach wie vor auf absteigender Linie. Die Zahl der abgefertigten Frachtbrieife fiel gegenüber dem Vormonat um 13,2% und auf einen Arbeitstag bezogen um 2,3%. Die Zahl der arbeits-tätig gestellten Wagen ging von 7919 im Oktober auf 7684, mithin um 3,0% zurück. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres wurden 20,3% weniger Frachtbrieife abgefertigt und 21,4% weniger Wagen arbeits-tätig gestellt. Die angeforderten Wagen konnten alle gestellt werden. Auch der Personenverkehr ist im Monat November gegenüber Oktober zurückgegangen. Gegen den Vormonat wurden 7,7% und gegen den gleichen Monat des Vorjahres 14,6% Fahrarten weniger ausgegeben. Der Rückgang ist auf die anhaltend schlechte Wirtschaftslage, die sich durch weitere Stilllegungen und Einschränkungen von Betrieben kennzeichnete, sowie auf die ungünstige Witterung, die fast den ganzen Monat über anhielt und den Wochenend- und Ausflugsverkehr stark beeinträchtigte, zurückzuführen. Die Zahl der abgefertigten Gepäck- und Expressgutungen fiel gegenüber dem Vormonat um 16,5% und gegenüber November 1929 um 19,9%.

Salver

—I Die neuen Gloden der kath. Kirche ließen am gestrigen Abend zum erstenmal ihr Lied erschallen. Wir mußten feststellen, daß dieselben einen schönen Klang haben.

Schalksmühle

—x Apollo-Theater. Die Sandgräfin. Bravo, Mesitro Orplid, bravo! In euren Büchern wird dieses Werk ausstellen in Zahlen! Im Publikum klingt es aus in Begeisterung und in dem echten, von ganzem Herzen ausgesprochenen Gesamturteil: Das war ein Film, wie wir wirklich lange keinen fahen! Herrlich! Hier vereint sich höchste Kunst in der Regie, in der Darstellung, in der Photographie und im Manuskript mit dem, was das Publikum angeblich noch mehr wünscht: Abwechslung und Abwechslung d. h. Dramatik und Komik, Spannung und Selbstverständlichkeitsspiel immer in bunter hinreißender Folge, im Tempo ohne Gedankenstich. Dieser Film läßt erleben, mitweinen und mitlachen. Hier erfährt den Beschauer echter Zorn, echtes Mitleid, echte Liebe und Sympathie, echter Haß. Jede Bilderfolge wird hervorragend gesehen. — Menschen so schwer und echt, so lebenswahr und robust, so natürlich und wieder kompliziert, daß ungezählte Augenpaare hinstieren und jede Miene und Bewegung verschlingen. Alles in größter Form. Man wird sich kaum entsinnen können, solch landschaftliche Herrlichkeiten auf der Leinwand gesehen zu haben. Dieser Film von ganz hervorragender Klasse ist am kommenden Samstag und Sonntag im Apollo-Theater Schalksmühle zu sehen. (Siehe morgige Anzeigel)

Kierspe

Am Sonntag, den 14. ds. Mts. (3. Advent) wirkt der Schülerviolinchor unter Leitung von Lehrer G. W. Kuhbier im Gottesdienst mit.

—r Der Skiflub Sauerland, Ortsgruppe Kierspe tagte am Montag im Vereinslokal Bollmann-Kierspe. Der Vorsitzende teilte die eingelaufenen Eingänge mit und wurde die Rechnung für 1929-30 von den Mitgliedern Bollmann und Brüggenvirch geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde unter Ausdruck des Dankes die Entlastung erteilt. Die Einnahmen belaufen sich auf 292,51 RM. und die Ausgaben auf 111,78 RM. Es ist somit ein Bestand von 180,73 RM. vorhanden. Für die Bettläufe der erwachsenen Vereinsmitglieder werden 3 Preise, für die Jugendlichen 2 Preise und für die weiblichen Mitglieder 1 Preis bestimmt. Ein Mitglied — künftiger Laufwart — soll an einem Ausbildungskursus in Neuaftenberg teilnehmen, wobei ihm eine Vereinsbeihilfe zugesichert wurde. Der Skiflub wird sein Winterfest zusammen mit dem S. G. B., Abtlg. Kierspe am 1. März im kleinen Saal des Vereins Hofes feiern. Der Vorsitzende hat, sich auch an den Schnabzügen des S.-G.-B. (Grenzgängen) zu beteiligen. Mehrere neue Mitglieder konnten aufgenommen werden. Die Schanzen sind beide inzwischen wieder aufgebaut worden. Zu den 3 vorhandenen Paaren Schneeschuhen sollen noch einige angeschafft werden.

: Brügg. Am kommenden Sonntag, dem 14. Dez. nachmittags 5 Uhr ist die Monatsversammlung des Egl. Vereins im Konfirmationsaale. Bei dieser Gelegenheit wird Herr Hauptlehrer Kleinhorst einen Vortrag über die Reichsverfassung halten.

wvd. Lüdenscheld. Die verschwundenen Nähmaschinen. Der Uhrmacher Wihl. D., dessen Laden nicht gerade mit Uhren und anderen verkaufsfähigen Waren überfüllt war, nahm gern von einem Nähmaschinenvertreter drei Maschinen „in Pension“; er erhielt auch das Recht die Maschinen gegebenenfalls zu verkaufen. Das geschah aber nicht. Der Vertreter entzweite sich mit der Lieferfirma und als diese von D. die Maschinen heraushaben wollte, verlangte D. die Zahlung von 30 RM. Unterhandsmiete. Die Firma bezahlte diese Miete nicht, erklagte sich ein vollstreckbares Urteil gegen den Vertreter und beauftragte den Obergerichtsvollzieher Kallenbach, die Maschinen von D. abzuholen. Die Maschinen waren nun verschwunden. Darauf zeigte die Nähmaschinenfirma D. wegen Unterschlagung und Pfandverschleppung an. Der Strafprozeß wurde heute in Tagen vor dem Schöffengericht in Abwesenheit des Angeklagten verhandelt. Es stellte sich heraus, daß D. die Maschinen bei einem Fabrikanten B. untergestellt, sich aber geweigert hatte, den Namen des Fabrikanten zu nennen, ehe er nicht die 30 RM. Miete erhalten habe. Erst im heutigen Termin erfuhr der Gerichtsvollzieher den Namen des Fabrikanten und auch, daß D. nicht mehr auf Zahlung bestche. — Das Gericht sprach den Angeklagten frei; es könne ebensowenig von

Unterschlagung die Rede sein, wie von Pfandverschleppung. D. habe keinerlei strafbare Handlungen mit den Nähmaschinen vorgenommen. Die Maschinen sind noch vorhanden. Er hat sie auch nicht einer Pfändung entziehen wollen, sondern hat sie lediglich bei dem Fabrikanten untergestellt.

Bredersfeld. Ein Pferd ging durch. Das Pferd des Kolonialwarenhandlers K. schenke und raste mit dem Wagen die Frankfurter Straße hinunter, die — es war abends — zum Glück leer war, so daß ein Unglück verhütet wurde. Da ein Rad während der tollen Fahrt sich vom Wagen löste, konnte das Pferd wieder eingefangen werden. — Das Weihnachtsfenster entzweite gedrükt. Zu schön war, was der Weihnachtsmann hinter dem großen Schaufenster eines Spielwarengeschäftes ausgestellt hatte, so daß man sich nicht zu wundern brauchte, wenn sich ständig eine große Kinderchar an das Fenster drängte. Auf einmal gab es aber ein Krachen, und die große Scheibe war entzweite. Erschrockene Gesichter! Keiner hat es getan! Zum Glück ist die Scheibe versichert, so daß der Inhaber vor empfindlichem Schaden bewahrt bleibt.

Milspe. Julius Stöckel f. Am Dienstagmorgen starb plötzlich infolge Herzschlages Fabrikant Julius Stöckel, Mitinhaber d. Firma Stöckel u. Schmitz, Gevelsberg, kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres. Mit ihm ist eine hervorragende Persönlichkeit dahingegangen. In Milspe als Sohn eines Fabrikanten geboren, gründete er zusammen mit dem Fabrikanten W. Schmitz die heutige Firma Stöckel & Schmitz, Gevelsberg, die er zu hoher Blüte brachte. In Industriekreisen war sein kluger Rat allzeit sehr geschätzt. Im Verein der Märkischen Kleinereisenindustrie war er Vorstandsmitglied. Auch berief ihn das allgemeine Vertrauen, das er genoß, in die Leitung des Deutschen Tempergießereiverbandes und in den Ausschuß des Eisen- und Stahlwarenindustriebundes.

Minden. Die Flucht des Handelskammer-Syndikus. Die schon gemeldete Flucht des Handelskammer-Syndikus Dr. Hoffmann erregt hier und weit über Minden hinaus großes Aufsehen, zumal Dr. Hoffmann als Syndikus auch der westfälischen Tabakfabrikanten sehr bekannt war. Für das Schaumburg-Lipper Land war er ebenfalls Handelskammer-Syndikus und hatte ein monatliches Einkommen zwischen 1000 und 2000 Mark. Er hatte sich an einem Patent beteiligt und soll dabei viel Geld zugeföhrt haben, so daß er sich vor dem finanziellen Ruin sah und keinen Ausweg mehr wußte. Es sollen Bestrebungen im Gange sein, Dr. Hoffmann zur Rückkehr zu bewegen, zumal die Kasse der Kammer in Ordnung ist.

Obenbüren. Raubüberfall im Postamt. Eine Angestellte eines Buttergeschäftes wollte auf dem hiesigen Postamt eine größere Summe einzahlen. Sie hatte bereits das Kleingeld auf dem Zahlbrett sortiert und hielt noch 600 Mark Papiergeld in der Hand. Als der Beamte ans Telephon gerufen wurde, stürzte sich ein junger Mann auf das Mädchen, riß ihm die 600 Mark aus der Hand und wollte davonlaufen. Das Mädchen lief dem jungen Mann nach, hielt ihn an der Tür fest, unterlag aber schließlich in dem ungleichen Zweikampf. Der Räuber entkam mit dem geraubten Gelde.

Münster i. W. Der Schlüssel des heiligen Nikolaus. Gestohlen und wiedergefunden. Die Universität Münster besitzt einen „goldenen“ Schlüssel der beim Rektoratswechsel alljährlich von dem bisherigen Rektor der neuen Magnifizenz übergeben wird. Dieser Schlüssel wurde in der Nacht vom Freitag zum Samstag zusammen mit etwa 8 RM. Bargeld und einigen Briefmarken gestohlen. Die Diebe haben aber gemerkt, daß der Schlüssel gar nicht so „golden“ war wie sie gemeint hatten. Der Schlüssel war nur vergoldet, und das nicht einmal mit einer besonders starken Goldauflage. Deshalb warfen die Diebe den Schlüssel an der Mauer des Regimentsplatzes weg. Hier fanden ihn Schulkinder. Da gerade Nikolaustag war, hatten die Kinder eine kindliche Freude darüber, daß sie den goldenen Schlüssel des hl. Nikolaus gefunden hätten, mit dem der große Kinderfreund die Türen der Häuser öffnet, um jedem Kind seine Geschenke bringen zu können. Die Lehrerin, der die Kinder von ihrem himmlischen Fund Mitteilung machten, meldete die geheimnisvolle Sache einem Schlosser, den zufälligerweise auch schon die Universität wegen Umänderung des Schlosses zum Schutze gegen eine Wiederholung solcher Diebstähle zu Rat gezogen hatte. So kam die westfälische Landesuniversität durch den hl. Nikolaus wieder in den Besitz ihres goldenen Schlüssels, der in Zukunft vielleicht besser gegen Diebe geschützt wird, als es jetzt der Fall war.

Garenfeld. Ueberfall in der Wohnung. Ein verwesener Ueberfall wurde abends gegen 7,30 Uhr auf die Ehefrau des Arbeiters A. T. in ihrer Wohnung an der Kreisstraße verübt. Der Täter hatte anscheinend die zur ebener Erde gelegene Wohnung vorher durch das Fenster beobachtet. Als der Ehemann T. die Wohnung für etwa 10 Minuten verließ, drang der Täter in die Küche ein und ver-setzte sofort der am Herd beschäftigten Frau T. hinter-rücks einen heftigen Schlag mit einem Besenstiel an den Kopf. Um die Frau am Schreien zu hindern, würgte der Täter sie am Hals solange, bis sie zu Boden fiel und be-sinnungslos wurde. Zu weiterem Tun ist der Täter, der es vermutlich auf einen Raub abgesehen hatte, nicht gekommen. Trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung konnte er in der Dunkelheit unerkannt entkommen. Seine Beschrei-bung lautet wie folgt: große Statur, blaßes Gesicht, trug den Hut tief in das Gesicht gedrückt, das Gesicht war mit einem Taschentuch zugebunden, schwere schmuckige Arbeits-schuhe. Eine nähere Beschreibung konnte nicht gegeben werden. Die zuständigen Polizei- und Landjägerbeamten sind mit den Ermittlungen noch beschäftigt. Personen, die sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich sofort zu melden.

Ründeroth. Eine Mutter fand gestern morgen ihren einzigen Sohn, einen 17jährigen Obersekundaner, tot in der Küche vor. Der Gashahn war geöffnet. Es ist wohl anzunehmen, daß der Schüler die unglückliche Tat aus Verzweiflung über ein schlechtes Zeugnis begangen hat.

Hanau. Die verschluckte Zahnbürste erste als Todesursache. Ein wohl einzig dastehender Fall von ganz besonderer Tragik, der zum Tode eines jungen Man-nes führte, ereignete sich dieser Tage in Hanau. Der junge Mann verspürte vor etwa 14 Tagen ein Jucken im Halse, dem er mittels einer Zahnbürste beizukommen versuchte. Dabei blieb ihm die Bürste im Halse stecken, und als er nach Atem rang und einen Hilferuf ausstieß, rutschte ihm die Bürste die Speiseröhre hinab. Nach wenigen Tagen verspürte der Bedauernswerte heftige Schmerzen, die ihn zum Aufsuchen des Landestrankenhauses veranlaßten. Im Krankenhaus versuchte man zunächst, den Fremdkörper auf natürlichem Wege zu entfernen. Als aber alle derar-tigen Versuche fehlschlügen, entschloß man sich zur Ope-ration, die der junge Mann aber nicht überlebte. Bei dem operativen Eingriff wurde die Bürste zwischen Magen und Zwölffingerdarm steckend vorgefunden.

Nah und Fern

○ Frenzel aus der Haft entlassen. Die Verteidiger des wegen Blutschande zu Zuchthaus verurteilten Amtsvorstehers Frenzel haben die vom Gericht für die Haftentlassung des Verurteilten geforderte Kautionssumme von 10.000 Mark aufgebracht und hinterlegt. Frenzel wurde darauf aus dem Potsdamer Untersuchungsgefängnis entlassen.

○ Gewalttätige Verhinderung einer Zwangsversteigerung. Zu schweren Tumulten kam es bei Lagow (Kreis Greifswald) auf dem Hofe des Landwirts Karl Dinsje, dessen gesamtes lebendes und totes Inventar zwangsversteigert werden sollte. Neben zahlreichen Käufern hatten sich über hundert Landwirte aus dem Dorfe und aus der näheren Umgebung eingefunden, die die Maßnahmen des Vollziehungsbeamten gewaltsam verhinderten, so daß die Versteigerung eingestellt werden mußte.

○ Ein österreichischer Erzherzog verunglückt. In der Argentinierstraße in Wien fand man einen älteren Herrn bewußtlos und mit einer Stirnwunde am Boden liegend vor. Es stellte sich heraus, daß es der 67jährige Erzherzog Leopold Salvator war, der während des Krieges das Amt des Generalinspektors der österreichischen Artillerie bekleidete. Der Erzherzog soll von einem Auto niedergestoßen worden sein. Er wurde in ein Spital übergeführt. Sein Zustand soll hoffnungslos sein.

○ Zwei belgische Flieger verschossen. Von den beiden belgischen Fliegern van der Linden und Fabry, die vor mehreren Tagen von Oran nach Belgisch-Kongo geflogen sind, fehlt jede Spur. Man nimmt an, daß sie eine Notlandung vornehmen mußten und daß sie dabei in die Hände noch nicht unterworfenen Stämme gefallen sind.

○ Mordversuch mit einer Starkstromleitung. In Nied (Oberösterreich) wurde auf eine Bauernmagd von ihrem Geliebten ein grauenvoller Mordanschlag verübt. Der Bursche bohrte dem Mädchen den Stechkontakt einer Starkstromleitung in den Hals und brachte einen zweiten Draht mit dem Unterarm seines Opfers in Verbindung. Das Mädchen erlitt so schwere Verbrennungen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

○ Zugunfall auf der Londoner Untergrundbahn. Auf der Londoner Untergrundbahn ereilte ein Nachtzug infolge eines Kurzschlusses einen Unfall, der leicht verhängnisvolle Folgen hätte haben können. Es entwickelte sich ein starker Rauch, und viele Eisenbahnschwellen verbrannten. Dem Zugführer gelang es jedoch, den Zug zur nächsten Station zu bringen, und sämtliche Passagiere konnten ungefährdet aussteigen.

○ Grabräuber auf einem deutschen Soldatenfriedhof. Wie erst jetzt bekannt wird, ist vor einigen Tagen auf dem deutschen Soldatenfriedhof Tzum bei Riga ein Fall von Grabräuberei vorgekommen: der große Gedenkstein am Massengrab der von den Bolschewisten ermordeten Deutschen ist von seinem Sockel gestürzt worden. Da der Stein ein großes Gewicht hat, müssen an dieser Grabräuberei mehrere Personen beteiligt gewesen sein.

Bunte Tageschronik

München. Der Sohn von Dr. Edener, Knud Edener, hat sich mit der 26 Jahre alten Tochter Dorothea des Artillerieoberleutnants Fritz Böhm verlobt.

London. Der 25.000 Tonnen große englische Dampfer „Empire of Scotland“ steht im Hafen von Blyth in Flammen. Mit dem vollständigen Verlust des Dampfers muß gerechnet werden.

Madrid. Bei Avila stießen zwei Personenautos in voller Fahrt zusammen. Dabei wurde eine Person getötet; 12 wurden verletzt.

Zwei zwanzigjährige Raubmörder zum Tode verurteilt.

Für den Raubüberfall auf das Hofbesitzerchepaar in Schwinde.

Das Schwurgericht in Lindeburg verurteilte die Raubmörder Laue und Schulz, 19 und 20 Jahre alt. Laue war bis zum 1. September 1930 bei dem Hofbesitzer Wöb in Schwinde beschäftigt gewesen und wegen Lohnstreitigkeiten entlassen worden. Auch Schulz war dort beschäftigt. Sie faßten zunächst den Plan, die Stationskasse in Eufstedt und die Kinoskasse in Uelzen zu berauben. Diese Pläne wurden aber verworfen, und es wurde ein genauer Plan für den Raub auf dem Wöbschen Gehöft entworfen. Laue kannte die Häuslichkeit und den Hund, den er beruhigte. Er gab Schulz ein Beil, mit dem dieser in der Kammer dem Landwirt Wöb und dessen Ehefrau wichtige Hiebe über den Kopf versetzte. Die Mörder erbeuteten 190 Mark. Das Beil warfen sie in die Elbe. Sie begaben sich dann nach Dortmund bzw. Bochum, wo sie verhaftet wurden. Laue war geständig, während Schulz verstoßt blieb.

Das Gericht sprach das Urteil nach dem Antrag des Staatsanwalts und verurteilte beide zweimal zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Die Verurteilten nahmen den Urteilspruch ohne Erregung auf.

Das Meineidsgeständnis auf dem Sterbebett

Ein Wiederaufnahmeverfahren nach 47 Jahren.

Das Landgericht in Detmold beschäftigt sich mit einem Wiederaufnahmeverfahren, das ein Berliner Rechtsanwalt im Auftrage des Lippeschen Volkskirchenrates beantragt hat, mit der Begründung, daß der Verurteilte unschuldig sei und der Hauptbelastungszeuge auf dem Totenbett zugegeben habe, zuungunsten des Verurteilten einen Meineid geleistet zu haben. Es handelt sich um folgenden Fall: Am 7. Juli 1883 wurde der damals 23jährige Konrad Kruse

zu lebenslänglichem Zuchthaus

verurteilt, weil er seine Mutter vergiftet haben sollte. Er gab zu, Arsenik als Nattengift gekauft zu haben, bestritt jedoch die ihm zur Last gelegte Tat. Obwohl die Hauptbelastungszeugen einen schlechten Leumund hatten, glaubte ihnen das Schwurgericht und verurteilte den Angeklagten. Er wurde 1918 nach 25jähriger Zuchthausstrafe begnadigt.

Die sachkundig hergestellte Höllemaschine

Zeugenaussagen im Bombenlegerprozeß.

Im Altonaer Bombenlegerprozeß erteilte Polizeiobersekretär Henzen Auskunft über den in Bad Lidesloe vorgefundenen Sprengkörper. Die ganze Einrichtung der Höllemaschine, so sagte er, sei sachkundig hergestellt gewesen. Die Batterie habe bei der Untersuchung noch Strom aufgewiesen. Im weiteren Verlaufe der Zeugener-

nehmungen wurde verschiedene Einwogner der Stadt münster gehört. Sodann wurde der Geschäftsführer Karl Kienig aus Altona, bei dem

der Sprengkörper

untergestellt worden war, vernommen. Kienig gab die Unterstellung des Körpers in seinem Bureau zu. Nach seiner Meinung habe der Körper jedoch Aktien der in Hamburg vertretenen Organisation „Werwolf“ enthalten. Der kaufmännische Angestellte Rudolf Müller verweigerte auf die Frage, ob er von den Vorbereitungen zur Herstellung von Bomben gewußt habe, die Auskunft.

Landungsbrückeneinsturz bei Fiume.

Mehrere Tote, viele Schwerverletzte.

Im Hafen von Fiume ereignete sich ein schweres Unglück. Als der dalmatinische Kreuzer „Dalmat“, auf dem sich hunderte Kisten, die von der Agrarbauerntagung kamen, befanden, an der Mole angelegt hatte, entstand ein starkes Gedränge der Aussteigenden. Infolgedessen brach die Landungsbrücke zusammen und etwa 60 Menschen stürzten ins Meer.

Die sofort eingeleiteten Rettungsarbeiten waren äußerst schwierig, da heftiger Sturm herrschte. Es wurden

sieben Tote und dreißig Verletzte

festgestellt, doch dürfte die Zahl der Verunglückten noch höher sein. Unter den Toten befinden sich zwei Polizisten und einige Musikannten. Die eingestürzte Landungsbrücke hatte schon kurz nach ihrer Fertigstellung verstärkt werden müssen.

Die Verleihung der Nobel-Friedenspreise

In Gegenwart des Königs von Norwegen.

Als Auftakt zu den Stockholmer Nobel-Festlichkeiten fand in Oslo in Gegenwart des norwegischen Königs und des Kronprinzen die feierliche Verleihung der Friedenspreise an Erzbischof Söderblom und Staatssekretär Kellogg statt. Die Festrede hielt der norwegische Ministerpräsident.

Schlussdienst.

Vermischte Nachrichten vom 10. Dezember.

Gegen die Aufführung des Remarque-Films.

Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ersucht in einem Antrag die Reichsregierung, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um der Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ ein Ende zu machen.

Angriffe auf die Polizei in Hamburg. — Ein Toter.

Hamburg. Zur Auflösung von Erwerbslosenansammlungen auf St. Pauli gibt die Polizei einen Bericht heraus, nach dem die einschreitenden Polizeibeamten mit Steinwürfen empfangen wurden und von ihren Gummihäupten Gebrauch machten. Auf der Reeperbahn seien weitere Angriffe auf die Polizei erfolgt, die so bedrängt worden sei, daß in der Abwehr mehrere Schüsse hätten abgegeben werden müssen. Der 19jährige Bader E. habe eine schwere Kopfverletzung davongetragen und sei bald nach der Einlieferung in ein Krankenhaus gestorben. Ein zweiter Demonstrationssteine werfer soll verletzt worden sein.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Hier braucht es nicht
der Heinzelmannchen Fleiss,
Die „Miele“ wäscht
allein schon blütenweiss.



Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschl. • Über 2000 Werksangehörige.

Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Bekanntmachung.

Die festgestellten Rechnungen: a) der Amtskasse Halver, b) der Gemeindefasse Halver, für das Rechnungsjahr 1929 liegen vom 12. Dez. 1930 ab 14 Tage im Amtshaus, Zimmer Nr. 7 zur Einsicht offen.

Halver, den 10. Dezember 1930.

Der Bürgermeister.

Am Sonntag, dem 14. Dez. 1930, abends 8,15 Uhr in Halver im Haus zur Fuhr große öffentl. Volks-Versammlung.

Thema: Der Totenkampf der Sozialdemokratie. Aussprache über die in den Ortszeitungen erschienenen Eingekandts.

Unkostenbeitrag 30 Pfg. Erwerbslose und Kleinrentner aus Halver 15 Pfg.

Deutsche Volksgenossen erscheint in Massen.

H. Z. D. A. P. Halver.

Holzwerk-Politur

Garantiert sicher wirkend, auch zum Polieren und Reinigen aller Möbel. Alleinverkauf für Halver und Umgegend:

Gustav Wellenbeck, Halver, Möbelgeschäft.

Futtermittel

Frisch eingetroffen und auf Lager wieder vorrätig:

Rapskuchen,
Rapskuchenehl,
Palmkernkuchen,
Palmkernschrot,
Erbsenmehl,
Erbsenschrot,
Leinmehl,
Leinkuchenschrot,
Weizenmehlmehl,
Weizenbrotmehl,
Grobe Weizenkleie,
Rheinlandschrot,
Zuckerschnitzel,
Kochsalz,
Weizsalz.

Carl Zimmermann

Oh-Rönfahl,

Telefon Nr. 11 Rönfahl.

Konzert-Apparat

Ein fabrikneuer Schrank-Apparat, der Elektro-ebenbürtig

ist sehr billig abzugeben. Näheres und ev. Vorführung bei

Kettling & Krüger, Schalksmühle.



Radio-Lehder

Ländenscheid

Altenaerstraße 2

Ruf 4220

Telefunkendienst

Autorisierte

Telefunken-

Verkaufsstelle

Große Weihnachts-

Auswahl in allen

Radio-Geräten

Autorisierte

Elektrola-

Verkaufsstelle.

Gebrauchtes Schlafzimmer

mit Marmor und Matratzen.

Zurückgesetzte K ü c h e

äußerst billig. — Ebenfalls passende

Weihnachts-Geschenke wie:

Sofas, Korbessel, -Tische und

Wäschetrockner, sowie Kleinföbel

aller Art empfiehlt:

MÖBEAUS HÖLTER, Radevormwald.

Sämtliche Drucksachen i. d. Industrie

liefert schnellstens Wilh. Bell jr., Halver.

„Wer fotografiert

hat mehr vom Leben!“

Das ideale Geschenk zu Weihnachten sei daher ein

Foto-Apparat!

Das Fotografieren ist nicht mehr teuer, untenstehende Auflistung zeigt Ihnen, daß Sie schon für wenig Geld eine gute, leistungsfähige „Marken-Camera“ kaufen können!

Zeiss-Ikon Box-Tengor	34	11.—
	69	16.—
Agfa Box-Camera	69	16.—
Agfa-Billy, Schnellkamera	69	36.—
Agfa-Billette, Taschenkamera	69	45.—
Voigtlander Bessa, Schnellkamera		
mit Selbstauslöser	69	42.—

Besichtigen Sie bitte ohne jeden Kaufzwang mein reiches Lager in Foto-Apparaten der Firmen: Agfa, Zeiss-Ikon, Voigtlander, Kodak, Mentor, Ihagee, Plaubel, Orion usw. Jedem Kunden wird kostenlos Unterricht bis zur vollkommenen Erlernung der Fotografie erteilt!

Foto-Haus

Central-Drogerie Max Müller,

Ländenscheid, Knapperstraße 19/21,

am Karlsplatz,

Das führende Geschäft für Foto, Kino, Projektion.

Empfehle:

ja Rindfleisch	1.—	Mk. pro Pfd.
Kalbsteck	1.—	„ „ „
Schweinebraten	1.10	„ „ „
Kotelett	1.20	„ „ „
Frischen mag. Speck	1.—	„ „ „

Hausmacher Leber u. Blutwurst 70 Pfg.
Schwartebraten, Fleisch, Jagdwurst 120 Mk.
Mettwurst 1.30 Mk. pro Pfd.

A. Schmale, Halver, Tel. 423.

Als passendes Weihnachtsgeschenk.

wegen Aufgabe der Artikel

1 Opel H.-Fahrrad

1 Triumph D.-Rad

1 Cordes Handwaschmasch.

zu herabgesetzten Preisen.

Ernst Wolfram,

Kierspe-Bahnhof Neuebrücke.

Motorfahrzeuge, Reparaturwerkstatt, Fahrschule.

Schalksmühle
Turnverein e. V.

Samstag, d. 13. Dez. 30

General-

Bersammlung

im Vereinslokal H. Hüffer,

Anfang 20 Uhr.

Tagesordnung:

1. Wahlen.

2. Veranstellungen.

3. Verschiedenes.

Um vollständiges Erscheinen bittet:

Der Vorstand.

Heimarbeit

schreib. u. Vitals-Verlag

München